

Haushaltsrede 2023

für die CDU-Fraktion von Axel Jäger

Sehr geehrter Herr Waldenberger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als ich beim Lesen des Haushaltsplans, schon beim Vorbericht, auf die zu erwartenden Schulden und die Mittelfristige Finanzplanung gestoßen bin, wurde mir so heiß, dass ich erst Mal auf den von Ihnen Herr Schuh geschenkten Thermometer geschaut habe. Dabei konnte ich feststellen, dass ich nicht aus Versehen die Heizung zu hochgedreht hatte, der Thermometer zeigte gerade mal 18 Grad, sondern dass mir die zu erwartenden Schulden die Hitze in den Kopf getrieben hat.

Ich musste feststellen, dass sich unsere Verschuldung in den nächsten 3 Jahren verdoppeln wird. Eigentlich ja verdreifachen, doch es wurden in der Mifrfi einige Positionen aus den Investitionen gestrichen.

Hier stellt sich mir die Frage gehen wir Pleite?

Wir wissen auch aus den Erfahrungen der letzten Jahre, dass es sich um eine Planung handelt und Sie einen gewissen Ansatz zu Papier bringen müssen. Auch werden, und dies ist auch richtig, nur Projekte umgesetzt, die auch finanziert und Haushaltstechnisch dargestellt werden können.

Auch zeigt uns der Haushalt 2023 und die Mifrfi, dass wir mit unserem Tun zunehmend fremd gesteuert sind.

Die Herausforderungen unserer Zeit sind immens. Die vielen Krisen müssen auch in Lauffen mit bewältigt werden.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine markiert eine Zäsur. Jahrelange etablierte Gewissheit und das friedliche Zusammenleben in Europa werden auf eine harte Probe gestellt. Neben den noch langen anhaltenden Folgen der Corona Pandemie rücken zunehmend Themen wie Verteidigungsfähigkeit, die Verbesserung des Katastrophen-, Zivil und Bevölkerungsschutz,

und zu diesem Thema haben wir später schon unseren eigenen Tagesordnungspunkt.

Auch die Sicherung der Energieversorgung sowie die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Friedens und die Unterbringung zahlreich geflüchteter Menschen rücken in den Focus des Handelns von uns allen.

Bei nüchterner Betrachtung gilt es Momentan eine zeitgleich verlaufende vielfach Krise zu bewältigen. Dazu braucht es mutige und klar Strukturierte Lösungskonzepte und keine neuen Versprechungen. Schon vor dem Krieg und noch vor Corona war die Vielzahl der politischen Versprechen und Zusagen in der Summe nicht mehr erfüllbar.

Wir stehen vor der größten Herausforderung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die multiplen Krisen werden dazu führen, dass wir alle ärmer werden. Und sie werden weiter verdeutlichen, dass auch in Deutschland die staatliche Leistungsfähigkeit begrenzt ist. Ich bin daher der Meinung, wir brauchen eine nüchterne Antwort auf die Frage: Was kann eine Gesellschaft künftig verlässlich vom Staat erwarten und was muss wieder mehr in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger übertragen werden. Denn wir werden am Ergebnis gemessen und nicht an einer Seite im Gesetzblatt die einen Rechtsanspruch regelt. Wir in unserer Stadt werden gefragt warum habt ihr nicht schon früher einen Kindergarten, eine Schule gebaut. Wir werden gefragt warum bekommt ihr keine Erzieherinnen und Erzieher? Doch all dies liegt vorrangig nicht in unsere Hand.

Hierzu möchte ich ein Beispiel von vielen aus unserem Haushalt beschreiben.

So wird wie von Herrn Waldenberger bei der Einbringung ausgeführt, ein Rechtsanspruch auf eine Ganztagsplatz in der Grundschule versprochen. Wie wir aber alle wissen, gibt es nicht genügend Lehrer. Wo bitte schön sollen dann eben diese für den Ganztagsbetrieb generiert werden? Immer mehr Kinder, Gott sei Dank, stetig steigende Standards und der zugleich eintretende massive Fachkräfte Mangel sind ein Beispiel dafür, dass Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen.

Die Stadt Lauffen erhält für den Ganztagsbetreib bzw. das Hortangebot einen Zuschuss von 26.000,00 € dem Stehen in unserem Haushalt ein Abmangel von knapp 900.000,00€ gegenüber.

Zwar bekommen wir bei Investitionen zur Schaffung der Räumlichkeiten einen lukrativen Zuschuss allerdings werden wir wie so oft mit den laufenden Kosten allein gelassen.

Bitte verstehen sie mich nicht falsch.

Selbstverständlich sehen wir die Notwendigkeit dieser Maßnahmen aber um Herrn Waldenberger zu zitieren“ Wer bestellt bezahlt“.

Ich bin der Meinung man sollte zeitnah diesen Rechtsanspruch kritisch Überdenken. Aus unserer Sicht mit dem primären Ziel, dass Politik in Zukunft wieder weniger verspricht, dafür die beschlossenen Maßnahmen aber verlässlich zum Gelingen gebracht werden können. Denn die Kommunen haben vielfach bewiesen, dass sie Ziele zum Gelingen bringen, wenn sie die dafür erforderlichen Ressourcen erhalten.

Außerdem stehen noch die Gewährleistung der Energiesicherheit, die Aufnahme von mehr als Hunderttausend geflüchteter Menschen, die soziale Bewältigung der Inflationsfolgen, die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und die zwingenden Anforderungen zur Bewältigung der Klimakrise auf der Staatlichen Agenda.

All das wird den Staat, und damit auch uns, bis an die Grenzen des leistbaren bringen.

Ohne Prioritätensetzung wir dies jedoch nicht gelingen.

Die ganzen Energiespartipps – vom Waschlappen bis zum Abschalten der Straßen- oder Weihnachtsbeleuchtung– haben laut Umfragen vor allem zu einem geführt: einem enormen Vertrauensverlust in die Politik. Ausbaden müssen das die Bürgermeister und die Mitarbeiter in den Rathäusern sowie die Ehrenamtlichen vor Ort. Das Vertrauen in diese Menschen, die Kümmerer vor Ort, wird massiv beschädigt. Und damit wird die Kornkammer der Demokratie in ihren Grundfesten erschüttert. Mit dramatischen Folgen. Denn wer, wenn nicht wir vor Ort, sollen die Energiewende gestalten und erklären? Einen kalten Entzug durch ein Gas-Embargo können wir verkraften, einen nachhaltigen Entzug des Vertrauens in die Kommunalpolitik aber nicht.

Auch der Fachkräfte Mangel ist im Rathaus angekommen. Bei den Erzieherinnen und Erziehern verfolgen wir dies ja schon lange aber, dass es schwierig wird geeignete Mitarbeiterin oder

Mitarbeiter für KOD oder das Bürgerbüro zu finden stimmt uns nachdenklich. Selbst einen geeigneten Hausmeister/Hausmeisterin findet man sehr schwer, wenn überhaupt.

In diesem Zusammenhang fällt eine weitere fast unfassbare Zahl aus unserem Haushalt auf.

Unsere Personalkosten werden sollte der von mir zuvor beschriebene Rechtsanspruch, die Personal Akquise und die Standards in der Betreuung nicht überarbeitet werden auf 13 Mio. Euro im Jahr 2026 steigen.

Dies bedeutet eine Verdoppelung der Personalkosten in den letzten 10 Jahren.

Mit den geplanten Unterhaltskosten von 1,47 Mio. € können wir umgehen, auch wenn nur etwa 533 Tsd. € für unsere Gemeindestrassen geplant sind und es schwer ist den Bürgern zu erklären, dass sie in der Stadt über Buckelpisten fahren müssen und der Bund die B 27 zwischen Lauffen und Talheim erneuert hat obwohl hier kein Bedarf gesehen wurde.

Die Fenster im Feuerwehrhaus möchte ich kurz ansprechen. Hier kommt meiner Meinung nach ein Problem zum Tragen, welches uns in Zukunft wahrscheinlich noch mehr beschäftigen wird.

Die fehlenden Handwerker oder das fehlende Personal der Hersteller.

Wenn man in der Bevölkerung auch immer wieder den Respekt gegenüber dem Handwerk vernimmt, so möchte doch kaum noch jemand ein Handwerk erlernen und dies führt spätestens, sobald die großen Jahrgänge aus den 60ern in Rente gehen und es immer weniger Arbeitnehmer in den Produzierenden Gewerben gibt zu großen Wartezeiten beim Bau oder Renovierung.

Wir die CDU- Fraktion stimmen dem Haushaltsplan der Haushaltssatzung für das Jahr 2023 zu. Der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2024 bis 2026 stimmen wir, mit der schon in der Vergangenheit gemachten Praxis, dass jede Investition vor ihrer Umsetzung auf den Prüfstand gestellt wird, zu.

Sehr geehrter Herr Waldenberger, sehr geehrter Herr Schuh, die CDU-Fraktion dankt Ihnen sowie all daran Beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Haushalts.